

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 182. Ratssitzung vom 15. Dezember 2016

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2017/311, Antrag 100 und Postulat GR Nr. 2017/442

Gemeinsame Behandlung der Anträge 100. und 101. (Postulat GR Nr. 2017/442).

Florian Utz (SP) begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3570/2017): *Es ist ein ganz normaler Vorgang, dass Dienstabteilungen regelmässig ihre Gebühren überprüfen müssen. Im Jahr 2018 steht dies jetzt den Pflege- und Alterszentren bevor. Leider gibt es in den beiden Dienstabteilungen ein gewisses Defizit und es besteht deshalb Druck die Gebühren nach oben anzupassen, auch wenn man das eigentlich gar nicht möchte. Eine Gebührenerhöhung würde aus Sicht der SP und des Stadtrats – der Stadtrat nimmt das Postulat ja entgegen – ein komisches Zeichen setzen. Dies in einer Situation, in der wir in der letzten Rechnung einen Überschuss von 288 Millionen Franken hatten. Auch in der aktuellen Rechnung werden wir noch einen Überschuss haben. Wir finden es falsch, wenn wir für die Menschen, die Zürich über Jahrzehnte hinweg zu der jetzigen Stadt gemacht und die für diese Stadt hart gearbeitet haben, die Gebühren erhöhen würden. Deshalb haben wir ein Postulat gemacht, das um eine Prüfung bittet, wie man auf die Gebührenerhöhung verzichten könnte – ohne dabei Leistungen zu kürzen. Eine Leistungskürzung wäre angesichts der Leistung der Bewohner in den letzten Jahrzehnten sicher nicht richtig. Ich bin überrascht, dass es überhaupt einen Ablehnungsantrag gibt. Ein solcher Antrag bedeutet ja, dass man ohne Prüfung die Gebühren erhöhen sollte. Ich verstehe nicht ganz, dass man gleichzeitig eine Steuersenkung, aber hier eine Gebührenerhöhung fordert. Ich bin umgekehrt aber dankbar, dass die SVP-Fraktion ihre Anträge zurückgezogen hat und wir gemeinsam mit dem Stadtrat dafür sorgen können, dass die Menschen, die Zürich erfolgreich gemacht haben, einen Anteil am Erfolg von Zürich bekommen.*

Elisabeth Schoch (FDP) begründet den Antrag der Kommissionsminderheit, stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat und begründet diesen: *Es ist mir nicht ganz klar, ob nur die Tarife der Alterszentren nicht angepasst werden sollen oder ob dies auch für die Pflegezentren gilt. Eine Überprüfung findet sowieso statt, unabhängig ob das Postulat überwiesen wird oder nicht. Meiner Meinung nach ist dies ein recht interessantes und ideologisches Postulat. Sie wollen auf Kosten anderer den Mittelstand und ältere Personen gezielt subventionieren. In den Genuss des Postulats kommen vor allem die Bewohner von städtischen Alterszentren und Menschen, die keine Ergänzungsleistungen beziehen, sondern selber zahlen müssen. Benachteiligt werden jene, die nicht in den städtischen, sondern in privaten Alterszentren sind. Diese müssen nämlich ein ausgeglichenes Resultat zeigen können. Was Sie hier machen ist wettbewerbsverzerrend. Sie sind der Meinung, dass nur Menschen, die in den Alterszentren wohnen, zu unserem heutigen Wohlstand beigetragen haben und andere Steuerzahlende folglich nicht. Mir stellt sich die Frage, welche Strategie Sie damit verfolgen*

möchten. Möchten Sie ihre Wählerschaft bevorzugen? Wollen Sie weiterhin subventionierte Wohnungen machen? Wollen Sie damit die privaten Alters- und Pflegezentren aushungern? Oder wollen Sie sicherstellen, dass der Gewinn der Stadt gezielt an Ihr Klientel verteilt wird? Meiner Meinung nach betreiben Sie hier Wahlkampf. Es wäre viel klüger, man würde sich überlegen, wie im Wettbewerb auch die städtischen Alterszentren mit gleichen Voraussetzungen wie die gemeinnützigen Alterszentren arbeiten könnten.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Gebühren sollten – wie es auch im Postulat korrekt formuliert ist – angemessen und eigentlich auch kostendeckend sein. Wir haben eine steigende Kostenbasis. Gleichzeitig die Gebühren nicht zu erhöhen oder zu senken, kreierte also automatisch ein Defizit. Wir sind dagegen, dass man ein solches allfälliges Defizit mit Steuergeldern quersubventioniert und von einem defizitären Budget finanziert. Das macht unseres Erachtens gar keinen Sinn, sondern dient einzig einer Klientelpolitik.

Roger Bartholdi (SVP): Wir sind für Gebührensenkungen, allerdings wirkt es, als wäre es bestellt. Mir wurde aber versichert, dass der Stadtrat sich überzeugen liess nach einer Prüfung auf die Gebührenerhöhung zu verzichten. Es ist schöner, man kann im Alter daheim bleiben. Gerade bei Alters- und Pflegezentren an Gebührenerhöhungen zu denken, finden wir falsch. Wir stehen ja auch vom «Top 5» hinter diesen Gebührensenkungen. Jetzt müssen wir Farbe bekennen und deshalb unterstützen wir dieses Postulat selbstverständlich. Wir sind aber mit der Begründung des Postulats nicht einverstanden. Es heisst dabei, dass die Stadt finanziell gut dastehe – das sehen wir anders. Wir stimmen aber nicht über die Begründung, sondern über das Postulat ab, und wir finden es sinnvoll, dass es keine Erhöhungen und gleichzeitig keine Qualitätseinbussen gibt.

Reto Vogelbacher (CVP): Das Postulat wirkt auf den ersten Blick sympathisch, aber es hat schon im ersten Satz einen Fehler. Es sind eigentlich keine Gebühren, die wir als «Top 5» bekämpfen, sondern Taxen. Die CVP wird das Postulat ablehnen. In der Fragerunde wurde bestätigt, dass die Gebührenerhöhung geprüft wird – es ist also in der Eruiierung. Es wäre dann erst auf das Jahr 2019 geplant. Die regelässige Überprüfung dieser Taxen ist Bestandteil einer professionellen Führung. Die Leistungen müssen vorgeschriebenermassen kostendeckend erbracht werden. Diese Leitplanke hat sich die Politik so gesetzt. Daran muss sich die Verwaltung halten. Das Ziel kann nicht sein, allfällige Defizite aus dem Haushaltsüberschuss zu finanzieren.

Marcel Bührig (Grüne): Das Postulat ist prophylaktisch. Es geht darum, dass die Gebühren grundsätzlich nicht ansteigen, ausser es ist völlig unausweichlich. Man muss den Menschen, die auf Pflege und Hilfe angewiesen sind, nicht noch das Geld aus der Tasche ziehen. Es ist häufig sowieso nicht mehr gross vorhanden. Die SP möchte eigentlich eine Effizienzerhöhung – nämlich dass Alters- und Pflegezentren dieselbe Leistung erbringen, ohne dabei auf eine Gebührenerhöhung zurückgreifen zu müssen. Bei der Spitaldebatte reden die Bürgerlichen immer von einer Effizienzerhöhung – bei

den Alters- und Pflegezentren wollen sie aber nicht, dass man die Einnahmen nicht erhöht, sondern dass man im Notfall die Gebühren erhöhen kann. Bei den Spitälern nehmen sie aber eine ganz andere Position ein, bei der sie keine Einnahmenerhöhung wollen. Sie haben das Gefühl mit Alten, Betagten und Pflegebedürftigen könnte man auch noch Geld machen. Alters- und Pflegezentren sind in erster Linie da, um Menschen, die Hilfe benötigen, ein Angebot zu bieten. Dieses Angebot muss vorhanden sein und in der Leistung funktionieren. Es geht dabei nicht um Defizit oder Gewinn. Es gibt natürlich auch gemeinnützige Anbieter, aber eben auch Luxuszentren und so möchten wir definitiv nicht werden.

Michael Schmid (FDP): Bei dieser Diskussion werden verschiedenste Themen vermischt. In der Begründung steht deutlich geschrieben, dass man die Einnahmen erhöhen möchte. Man will sie aus der Stadtkasse und allgemeinen Steuermitteln nehmen und nicht aus Gebühren der Bewohner finanzieren. Sie argumentieren damit, dass diese Menschen zum Erfolg von Zürich beigetragen haben – mit den Ergänzungsleistungen besteht aber bereits ein Instrument für diese Menschen. Eigentlich geht es Ihnen einfach darum, den städtischen Pflegezentren einen Vorteil zu gewähren, indem sie neben den Gebühren einen Zustupf aus der Stadtkasse bekommen und so gegenüber privaten und gemeinnützigen Alters- und Pflegezentren, aber auch gegenüber der Spitex, einen Vorteil erhalten. Das ist der Zweck dieses Postulats. Von einer Überprüfung zu sprechen während man das Ergebnis – dass es nicht zu einer Gebührenerhöhung kommen kann – schon vorweg nimmt, ist ein Trick und eine Seldwylerei, würde die Differenz nicht von der Stadtkasse bezahlt werden müssen.

Walter Angst (AL): Die beiden Globalbudgets beinhalten die normale Pflege und Unterbringung und quartierbezogene Leistungen, Ausbildungen und weitere Dinge. Die Frage ist nun, was man auf die Gebührengelder schlägt und was nicht. Die Produktgruppe 1 ist im positiven Bereich und ergibt sogar einen Ertrag. Wir wissen, dass beide eine enorme Ausbildungsoffensive machen, weil der Staat sonst keine – oder viel zu wenig – Angebote in diesem Bereich hat. Die Diskussion ist nicht, ob das kostendeckend sein soll oder nicht, sondern welche Zusatzkosten mit diesen Gebühren finanziert werden sollen und was man diesen Bewohnerinnen und Bewohnern auflasten soll und was nicht. Es gibt gemeinwirtschaftliche Leistungen und wir sind unsauber, wenn wir das nicht offen deklarieren und einen Leistungsauftrag geben und diesen abgelten. Diese Diskussion muss geführt werden – dann werden Sie eventuell auch zum Ergebnis kommen, dass die Gebührenerhöhung nicht sinnvoll ist.

Florian Utz (SP): Ich finde die Argumentation von Reto Vogelbacher (CVP), es sei keine Gebühr sondern eine Taxe, relativ weit von der Lebensrealität der Bevölkerung entfernt. Ich stelle fest, dass «Top 5» – explizit ausgenommen der SVP – keine Gebühren erhöhen möchte, sondern Steuern erhöhen möchte. Für die Bevölkerung ist es doch absolut egal, ob sie Steuern oder Gebühren zahlen, Steuern sind nämlich Gebühren. Die Frage, die wir heute diskutieren, ist, ob wir diese Steuern/Gebühren erhöhen oder nicht. Ich nehme zur Kenntnis, dass FDP und CVP diese erhöhen möchten. Der Vorwurf, dass wir uns für den Mittelstand einsetzen, ist absolut richtig. Wir setzen uns für den Mittelstand ein und wir stehen dazu.

Karin Weyermann (CVP): *Wir sind nicht dafür, dass Gebühren oder Steuern erhöht werden, sondern – wie es das GUD auch sagt – für eine Überprüfung, auf Grund derer man entscheidet, ob eine Erhöhung nötig ist oder eben nicht.*

Joe A. Manser (SP): *Es gibt natürlich einen Unterschied, wie man die sozialpolitischen Aufgaben betrachtet. Wir haben die Frage der Alters- und Pflegezentren nie als eine wettbewerbswesentliche Geschichte behandelt. Es geht hier nicht darum, Geld mit Menschen, die einen Wohnplatz im Alters- oder Pflegezentrum benötigen, zu machen, sondern dort gute Angebote anbieten zu können. Es geht nicht um eine Geldmaschine, sondern um einen sozialen Auftrag. Wenn das nicht alle gleich sehen, ist das eine politische Sache. Wir sehen das ein bisschen anders und ich möchte daran erinnern, dass die Stadt in den letzten Jahren mit einer vernünftigen Sozialpolitik gut gefahren ist. Es gibt weltweite Untersuchungen, die zeigen, dass Staaten wie Schweden, Dänemark oder vielleicht eben auch Städte wie Zürich gut tun, eine gute Sozialpolitik und eine gute Wirtschaftspolitik zu machen – und genau das wollen wir. Das bedeutet eine Politik für alle zu betreiben, und nicht nur für jene, die einen Wirtschaftsfaktor sein können, sondern auch für die, die Unterstützung benötigen. Deshalb ist eine Sozialpolitik, die Alters- und Pflegeheime führt und soziale Aufgaben erfüllt, eine wichtige und gute Sache.*

Elisabeth Schoch (FDP): *Es wurde gesagt, dass die Ausbildung und quartierbezogene Leistungen die Kostentreiber seien und der Rest rentabel sei. PG 1 sei rentabel, während die anderen zwei Kosten generieren würden. Es ist aber so, dass auch die Privaten, die gemeinnützig sind oder von Stiftungen oder Vereinen geführt werden, ausbilden und quartierbezogene Leistungen haben. Diese können sich aber kein jährliches Defizit leisten, wie es sich die Stadt Zürich leistet. Wir möchten auch keine Gebühren erhöhen, aber eine Erhöhung per se auszuschliessen, kommt nicht in Frage. Gemeinnützige Alters- und Pflegezentren sind oft ohne Zielsetzung von Gewinn, sondern sind häufig mit Freiwilligenarbeit verbunden. Ich finde es nicht nötig, diesen einen verzerrten Wettbewerb durch die Stadt zu machen. Man sollte sie fördern, weil das Menschen sind, die sich engagieren und solche Leute sollte man sicher nicht bremsen. Wir alle wissen, dass die Obsan-Studie in der Stadt 1700 Alters- und Pflegeplätze zu viel sieht. Die Stadträtin sieht das aber anders. Wenn das tatsächlich so ist, handelt es sich dabei um diese 1700 privaten Plätze, die man hier an die Wand drücken möchte.*

Michael Schmid (FDP): *Wenn Sie der Meinung sind, gemeinwirtschaftliche Leistungen von Alters- und Pflegezentren werden zu wenig abgegolten, dann wäre das ein separates Postulat, von dem auch die Privaten, Gemeinnützigen profitieren müssten. Das ist etwas völlig anderes als das was hier gefordert wird. Heute will man einfach den Städtischen noch Butter aufs Brot schmieren. Es ist falsch, wenn Florian Utz (SP) sagt, Sie setzen sich für den Mittelstand ein. Sie setzen sich für den in den städtischen Alters- und Pflegezentren wohnenden Mittelstand ein, aber nicht für denjenigen, der in privaten oder gemeinnützigen Alters- und Pflegezentren oder mit Spitex-Leistungen wohnt. Es ist einmal mehr für wenige, bezahlt von allen. Diese wenigen sind die, die in einer städtischen Institution wohnen. Diese Struktur möchten Sie fördern – um das geht es*

5 / 6

und um nichts anderes.

S. 41	30 3026 Saldo	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Alterszentren Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
100.	Antrag Stadtrat				5 889 700	Mehrheit
			500 000		5 389 700	Minderheit
						Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
		Begründung:	Saldoverbesserung			

Dr. Thomas Monn (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

3602. 2017/442

Postulat der SP-Fraktion vom 06.12.2017:

Verzicht auf eine Gebührenerhöhung in den Alters- und Pflegezentren

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Florian Utz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3570/2017).

Elisabeth Schoch (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 81 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat